

Nordwestzeitung, Ammerländer vom 19.12.2009

„Neuer Markt als Parkplatz zu schade“

INNENSTADTBELEBUNG Hinrichs (SPD) fordert Rat zu neuen Überlegungen auf – Wohnen, leben, arbeiten

NEUE ZAHLEN ÜBER FREIE GEWERBEFLÄCHEN IM INNENSTADTBEREICH HABEN DEN STADTRAT ALARMIERT. FRAKTIONSÜBERGREIFEND IST MAN SICH EINIG: IM NÄCHSTEN JAHR SIND NEUE IDEEN GEFRAGT.

VON HEINER OTTO

WESTERSTEDDE - 1900 Quadratmeter Leerstände im Stadtzentrum Westerstedes sind einfach zu viel. Darin sind sich alle Ratsfraktionen einig. Weniger groß bis gar nicht existent sind dagegen die Vorstellungen davon, wie man dem Zentrum wieder zu mehr Betriebsamkeit verhelfen kann. Die SPD hat sich da bereits festgelegt. „Wir kommen mit den alten Methoden einfach nicht weiter. Zwar hat sich mit dem Stadtmarketing ein gewisser Strukturwandel eingestellt. Doch der allein reicht nicht aus. Unser Vorschlag für das Zentrum: Wohnen, leben und arbeiten“, stellte SPD-Fraktionschef Uwe Kroon bisherige Überlegungen der SPD vor.

Sein Fraktionskollege Heino Hinrichs ging sogar noch einen Schritt weiter. „Unseren neuen Marktplatz hinter dem Rathaus nur als Parkfläche für Autos zu nutzen, ist viel zu schade. Das ist eine Riesenfläche, die man sogar teilweise bebauen könnte. Wer zentrumsnah wohnen und arbeiten will, könnte das hier umsetzen. Andere Städte machen uns das vor“, argumentierte Hinrichs.

Dem konnte CDU-Ratsherr Markus Schneider durchaus etwas abgewinnen. „Wohnen, leben und arbeiten – ja, das ist möglicherweise ein vernünftiger Ansatz“. Bei der Zulassung neuer Unternehmen, so Schneider, sollte man sich abgesehen davon nicht allzu starken Beschränkungen aussetzen.

Mehr Wohnmöglichkeiten in Zentrumsnähe zu schaffen fand auch die Zustimmung von UWG-Fraktionssprecher Hermann Nee. Er empfahl, die Stadt solle sich noch aktiver in den Marketingprozess einbringen. Dies unterstützte Nees Fraktionskollege Hermann Rust. „In Vechta engagiert sich die Stadt auch sehr stark. Dort sehe ich keinen einzigen Ladenleerstand“. SPD-Ratsherr Adolf Bauer wertete die Leerstände parteipolitisch. „Das ist das Ergebnis Ihrer gescheiterten Politik“, warf Bauer CDU und FDP vor.